

Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände in Sachsen-Anhalt

Magdeburg, den 18.07.2008

VdAK Sachsen-Anhalt zur Studie über die finanziellen Auswirkungen des Zusatzbeitrags: Mehrbelastung der unteren Einkommensgruppen unsolidarisch

Der Leiter der VdAK-Landesvertretung Sachsen-Anhalt, Dr. Klaus Holst, äußert sich zur am 10.07.2008 veröffentlichten Studie "Finanzielle Auswirkungen des Zusatzbeitrags auf die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung": "Erst jetzt erfolgen wissenschaftliche Analysen zu Umsetzungsproblemen der Gesundheitsreform, auf die die Ersatzkassen schon vor zwei Jahren hingewiesen haben. Klar ist, dass die Kopfpauschale, die der Zusatzbeitrag darstellt, überwiegend potenzielle SPD-Wähler belastet. Klar ist auch, dass die Überforderungsklausel bürokratische Probleme in erheblichem Umfang schafft. Ich erwarte von der großen Koalition, dass sie die damit verbundenen Probleme nicht zulasten der Versicherten von Ersatzkassen löst, sondern fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen gewährleistet. Die Einkommensstruktur einer Kasse wird bereits durch den Risikostrukturausgleich egalisiert."

Die Studie von Maral Manouguian, Jürgen Wasem et al. (Universität Duisburg-Essen) greift die Frage auf, welche Auswirkungen die Einführung des Gesundheitsfonds im Hinblick auf die finanziellen Be- und Entlastungen von verschiedenen Mitgliedergruppen durch den Zusatzbei-

**VdAK/AEV-Landesvertretung Sachsen-Anhalt,
Presse: Dr. Klaus Holst, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg,
Tel.: 03 91 / 5 65 16 - 15, Fax: 03 91 / 5 65 16 - 30,
E-Mail: LV-Sachsen-Anhalt@vdak-aev.de, Internet: <http://www.vdak-aev.de>**

trag haben wird. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass der Zusatzbeitrag - unter Berücksichtigung der Einnahmeausfälle durch die Überforderungsklausel und bei einem Finanzierungsanteil über den Zusatzbeitrag in Höhe von 5 v. H. der GKV-Ausgaben - durchschnittlich ca. 14 EUR im Monat pro Mitglied betragen wird. Steigt der Finanzierungsanteil über 5 v. H., steigen die Finanzierungsausfälle durch die Überforderungsklausel exponentiell an. Trotz Überforderungsklausel werden die unteren Einkommensgruppen durch den Zusatzbeitrag stärker belastet als die oberen Einkommensgruppen. Als besonders gravierend werden die erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen Krankenkassen mit einem unterschiedlich hohen Anteil an einkommensschwachen Mitgliedern angesehen.